



Herrn
Dieter Dombrowski, MdL
Vorsitzender Union der Opferverbände
Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin



Berlin, 14. Februar 2018

Sehr geehrter Herr Dombrowski,

vielen Dank für Ihre Schreiben vom 10. November 2017 und vom 9. Januar dieses Jahres an die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem Sie auf die wichtigen Anliegen der SED-Opfer hinweisen. Sie hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

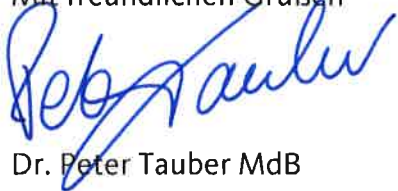
Die CDU wendet sich vehement dagegen, die Erinnerung an die Schreckensherrschaft des SED-Regimes zu vernachlässigen, DDR-Unrecht zu verharmlosen oder dessen Opfer unbeachtet zu lassen. Wir stehen deshalb auch künftig auf der Seite der Opfer der SED-Unrechtsherrschaft.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass die Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechtsregimes vorrangige Aufgabe bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur ist. Hier droht die Möglichkeit der Antragstellung am 31. Dezember 2019 auszulaufen. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass die drei wesentlichen Rehabilitierungsgesetze (Strafrechtliches, Berufliches sowie Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz) vollständig entfristet werden, damit kein einziges SED-Opfer seine Rechte auf Rehabilitierung und Entschädigung verliert. Der Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ) hat bereits einen entsprechenden Passus für das Rechtspolitische Programm formuliert und beschlossen. Auch in unserem Koalitionsvertrag wurde dieser Passus festgeschrieben.

Zu Recht weisen Sie nachdrücklich auf eine angemessenere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, auf Gerechtigkeit und Anerkennung für die Opfer hin. Wir fühlen uns weiterhin verpflichtet, die Erinnerung an die Unrechtsherrschaft der SED im Bewusstsein unserer Gesellschaft und jedes Einzelnen wach zu halten. Dies ist für uns eine Verpflichtung nicht nur aus Respekt vor den Opfern, sondern auch als Mahnung und Lehre für Gegenwart und Zukunft. Deshalb werden wir, in Zusammenarbeit mit Opferverbänden und Gedenkstätten die nachwachsenden Generationen ohne eigene Diktaturerfahrung für das Unrecht der SED-Diktatur sensibilisieren. Auch dies ist eine ausdrückliche Forderung unserer Koalitionsvereinbarung.

Nochmals vielen Dank für Ihre Zuschrift.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Tauber MdB